

Auf der Messe CES feiern Chipkonzerne wie Nvidia ihren Börsenboom

Der Geldkreislauf der KI

Auch 2025 dominiert Künstliche Intelligenz (KI) die Phantasie der Anleger. Im Dezember war Broadcom in den Klub der Firmen mit einem Marktwert von einer Billion Dollar gestiegen, nachdem Firmenchef Hock Tan optimistische Prognosen für KI-Chips vorgelegt hatte. Auf der alljährlichen Computermesse CES in Las Vegas gab es vorige Woche so viele Neuankündigungen, daß das Feld der Wettbewerber unübersichtlich wird: Qualcomm, AMD und Intel stellten Chips vor, die mit dem neuen Modell des Platzhirschs Nvidia konkurrieren.



von
Thomas Kirchner

„Amazon und Microsoft investieren in KI-Firmen, die dann wiederum deren Rechenzentren nutzen.“

Selbst die Betreiber von Rechenzentren und sogar deren Stromversorger profitieren vom KI-Boom. Verlierer sind bisher die Betreiber der KI-Modelle wie OpenAI (ChatGPT) und Anthropic (Claude). Letzteres mußte gerade wieder zwei Milliarden Dollar bei Anlegern einsammeln, was dem Unternehmen eine Bewertung von 60 Milliarden Dollar einbringt. Amazon hat bisher acht Milliarden Dollar in das Startup gesteckt, vier davon erst im November. Im Marktwerk steckt viel Phantasie, denn sicher ist nur: die zwei Milliarden werden bald ausgegeben sein, und auf der Einnahmenseite ist noch nicht viel los. Anleger von Anthropic finanzieren aktuell die Gewinne der Rechenzentren und Chiphersteller. OpenAI-Chef Sam Altman verkündete, sogar auf die teuersten Abonnements von 200 Dollar monatlich Verlust zu machen, weil die Nutzer das System zu stark nutzen.

Bei Einnahmen von 3,7 Milliarden Dollar soll OpenAI jährlich fünf Milliarden Verlust schreiben, berichtete die *New York Times* aus Firmenunterlagen. Erst 2029 will OpenAI einen Gewinn erwirtschaften. Und sollte das nicht passieren, werden auch die derzeit hochprofitablen Rechenzentren und Chiphersteller in

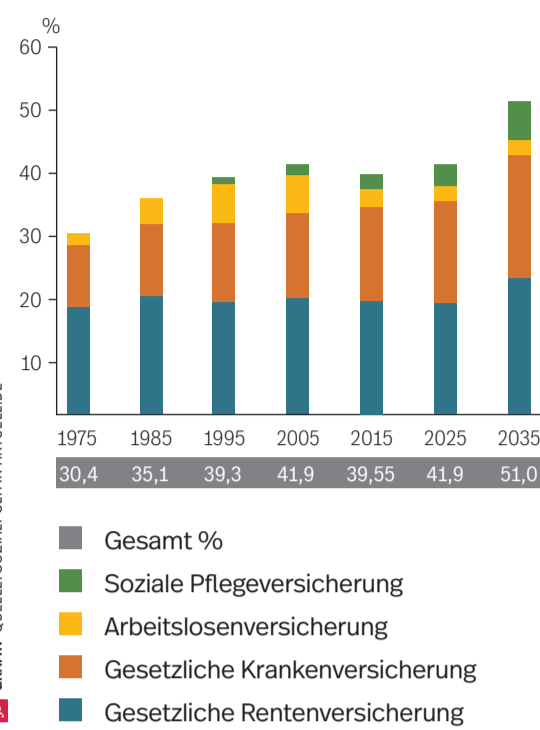
die Röhre schauen. Zur Unterstützung des KI-Booms haben sie bisher eine Billion Dollar investiert, schätzt die Investmentbank Goldman Sachs. Bis 2035 soll KI laut Accenture eine Wertschöpfung von sechs Billionen Dollar erreichen. Theoretisch könnte es sich also rechnen. Allerdings ist die große Unbekannte: Wird diese Wertschöpfung von den Endnutzern an die Anbieter der KI-Infrastruktur durchgereicht?

Beim Internet war es bekanntlich nicht so – die Kosteneinsparungen durch das Internet erhöhten die Gewinne der Nutzer, nicht der Internetanbieter. Zudem gibt es wieder bedenkliche Kreuzbeteiligungen. Amazon und Microsoft investieren in KI-Firmen, die dann wiederum Rechenleistung von deren Rechenzentren kaufen. Auch Nvidia soll Käufern seiner Chips Investitionen anbieten. Die Logik: Nvidia wird zum 30fachen des Umsatzes bewertet. Kaufen Startups nur für die Hälfte des Kapitals Chips, steigt der Marktwert um das 15fache der Investition. Doch irgendwann wird auch diese Geldmaschine stehenbleiben.

Schon werden die Grenzen des KI-Wachstums diskutiert, aber nicht von den Wachstumswarnern des Club of Rome, sondern vom Technikoptimisten Elon Musk. Der sprach aus, was schon länger bekannt ist: Daten werden knapp. Die vorhandenen werden bereits zur Kalibrierung bestehender Systeme eingesetzt, künftige Modelle können nichts Neues mehr lernen. „Peak Data“ nennt es die KI-Branche, in Anlehnung an „Peak Oil“, dem Punkt, an dem die Ölförderung ihr Maximum erreicht und danach wegen schrumpfender Vorkommen sinkt. Aber Musks Warnung könnte Eigeninteresse zugrunde liegen. Mit Twitter/X sitzt er auf einem riesigen Datenschatz, der täglich expandiert und ein Musk-eigenes KI-Modell trainieren könnte.

Steigende Beitragssätze in den Sozialversicherungen

Entwicklung 1975 bis 2025; Prognose 2035



GRAFIK QUELLE: SOZIALPOLITIK-AKTUELLE



Mann im Pflegeheim: Ein Erbschutzprogramm zu Lasten der jungen Beitragszahler?

Der Sozialstaat ist am Limit

Prognosen: Gesetzliche Versicherungsbeiträge steigen bis 2035 von 41,9 auf 51 Prozent

DIRK MEYER

Die 2021 vom Merkel-Kabinett als „Sozialgarantie“ definierte Sozialabgabenquote von höchstens 40 Prozent ist Geschichte. Aktuell betragen die Beiträge zur Renten- (18,6), Kranken- (14,6 plus durchschnittlichem Zusatzbeitragssatz 2,5), Pflege- (3,6 ohne Kinderlosenzuschlag) und Arbeitslosenversicherung (2,6) in Summe 41,9 Prozent vom Lohn. Dazu stieg die Beitragsbemessungsgrenze und Rücklagen wurden aufgelöst. Nach Prognosen des Verbands der Privaten Krankenversicherungen (PKV) und des IGES-Instituts werden 2035 ohne Reformen 51 Prozent erreicht sein – jeweils hälftig von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu tragen.

Neben einem massiven Verlust der Wettbewerbsfähigkeit „Made in Germany“ droht ein handfester Generationenkonflikt, denn welcher Arbeitnehmer wird Abzüge von durchschnittlich 45 Prozent akzeptieren (25 Prozent Sozialbeiträge, 20 Prozent Einkommensteuer)? Demographisch bedingt wird zudem die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer bei zunehmendem Fachkräftemangel steigen, so daß zwecks Sicherung gleichbleibender Nettoeinkünfte höhere Bruttoentgelte durchsetzbar werden.

Eine einschneidende Reform der Pflegefinanzierung unumgänglich

Deutsche Unternehmen geraten demnach nicht nur nachfrageseitig mächtig unter Druck (Verbrenner-Aus), sondern auch kostenseitig neben steigenden Bürokratie- und Energiekosten durch explodierende Arbeitskosten, deren Anstieg nicht durch entsprechende Produktivitätsfortschritte gedeckt sein dürfte. Ein Haupttreiber des Beitragsanstiegs sind – neben der Gesetzlichen Rentenversicherung – die Pflegekosten. 2023 waren 5,6 Millionen Personen pflegebedürftig. 84 Prozent werden zu Hause versorgt, allein 52 Prozent aller Fälle ausschließlich von Angehörigen gepflegt.

16 Prozent sind vollstationär in Heimen untergebracht, was etwa 48 Prozent der gesamten Pflegekosten verursacht. Mit 83 Milliarden Euro beansprucht die Pflege im Alter knapp zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Im Vergleich dazu ist

die volkswirtschaftliche Nettoinvestition nur etwa doppelt so hoch. Doch während diese die zukünftigen Produktionsmöglichkeiten zugunsten aller erweitert und Wachstum ermöglicht, zählen Pflegeleistungen zu den rein konsumtiven Ausgaben.

Hinzu tritt die Frage der Verteilung bzw. der Finanzierung. Ein Beispiel: Die Gesamtkosten für einen Platz im Pflegeheim der Diakonie Hamburg betragen im Durchschnitt zwischen 3.026 Euro (Pflegegrad 1) und 5.406 Euro (Pflegegrad 5). Davon sind monatliche durchschnittliche Kosten für Unterkunft (560 Euro), Verpflegung (470 Euro), Investition (583 Euro) und Ausbildung (190 Euro) – zusammen 1.803 Euro – selbst zu tragen. Hinzu kommen die Pflegekosten bei Pflegegrad 2 bis 5 in Höhe von durchschnittlich 1.599 Euro. Diese werden je nach Aufenthaltsdauer mit 15 bis 75 Prozent bezuschußt. Somit verbleibt ein Eigenanteil des Pflegebedürftigen im ersten Jahr von 3.162 Euro, der im vierten Jahr auf 2.203 Euro sinkt. Insbesondere dieser Eigenanteil ist Stein des gesellschaftlichen Anstoßes, denn er kommt zumeist unerwartet, und übersteigt die bisherigen Ausgaben von Dauer. Zudem reduziert er „Omars Ersparnis“ für die späteren Erben schnell gegen null.

Doch als „Teilkasko-Versicherung“ 1995 konzipiert, ist die soziale Pflegeversicherung (SPV) auf Eigenbeteiligung ausgerichtet, auch um Fehlansätze und ausufernde gesellschaftliche Belastungen zu vermeiden. Neben Pflegehilfsmitteln, Sachleistungen und anderem trägt die Pflegekasse bereits einen Teil der Pflegekosten als Festzuschuß abhängig vom Pflegegrad zwischen 175 und 2.005 Euro. Außerdem übernimmt das Sozialamt mit der „Hilfe zur Pflege“ den Eigenanteil im Falle eines geringen Einkommens und Vermögens, der dann aus Steuermitteln gezahlt wird. Bereits der ab 2022 gezahlte Pflegezuschuß der Pflegekassen zum Eigenanteil war eine Reaktion auf entsprechende Forderungen nach Entlastung (§ 43c SGB XI), der mit 5,4 Milliarden Euro jährlich zu Buche schlägt. Neuere Vorschläge gehen sogar erheblich weiter.

So brachte SPD-Gesundheitsminister Karl Lauterbach eine Begrenzung der Eigenanteile ins Gespräch. Während derzeit der Pflegekostenzuschuß prozentual gedeckelt ist und damit der Eigenanteil absolut nach oben hin offen ist, würde ein „Sockel-Spitze-Tausch“ dieses Verhältnis umkehren. Konkret schlägt die SPD in ihrem Wahlprogramm vor, „die hohen Eigenanteile in der stationären Lang-

zeitpflege durch eine Begrenzung auf 1.000 Euro pro Monat (sogenannter Pflege-Deckel) maßgeblich reduzieren“ zu wollen. Alle darüber hinausgehenden Kosten trüge die SPV – Pflege in Luxusheimen inbegriffen. Die Kosten für Miete und Essen wären weiterhin selbst zu tragen.

Alle Leistungen künftig aus Beiträgen und Steuern finanzieren?

Der frühere Chef der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), NRW-Sozialminister Karl-Josef Laumann, und Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (beide CDU) wollen die SPV in eine Pflegevollversicherung umbauen, die alle Leistungen aus Beiträgen und Steuern übernimmt. Die Leistungen dürften sich allerdings vom Umfang, der Qualität und den Preisen her auf ein verordnungsmäßig festgelegtes Pflegesortiment beschränken. Dennoch würden die Pflegekosten erheblich ansteigen, da nicht nur die Eigenanteile „sozialisiert“ werden, sondern auch die Anreize zur Nichtinanspruchnahme bzw. zur kostengünstigeren häuslichen Pflege vollständig entfallen. Die Pflegeknappheit (Wartezeiten in Heimen, Pflegepersonal) würde sich entsprechend zusätzlich verschärfen.

Diese Wählerstimmen fangenden Unterstützungen wirken verteilungspolitisch als Gießkanne. Da auch wohlhabende Personen ohne Bedürftigkeitsprüfung in den Genuß kommen, letztendlich auch die Erbmasse geschont wird, entsteht eine Sozialpolitik, die ihrem sozialen Anspruch nicht gerecht wird. Das durchschnittliche Nettovermögen der Haushalte mit mindestens einer Person im Alter von über 65 Jahren liegt bei 320.000 Euro. Gemäß einem Gutachten im Auftrag der PKV wäre „das Gros der Haushalte in der Lage, [die] Kosten der stationären Pflege für ein Mitglied auch über längere Zeiträume aus eigener Kraft“ zu finanzieren. Oder anders ausgedrückt: Ist ein Erbschutzprogramm zu Lasten der jungen Beitragszahler durch eine ausgeweitete SPV wirklich sozial? Allerdings: Wer aus dem Bürgergeld oder in der Grundrente zum Pflegefall wird – oder wer sein Ersparnis rechtzeitig „verjubelt“ hat –, der hat schon heute dank Sozialamt praktisch eine Pflegevollversicherung.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Trump stellt die Geschäftsgrundlage der Einheitswährung in Frage

Euro-Verfall mit Ansage

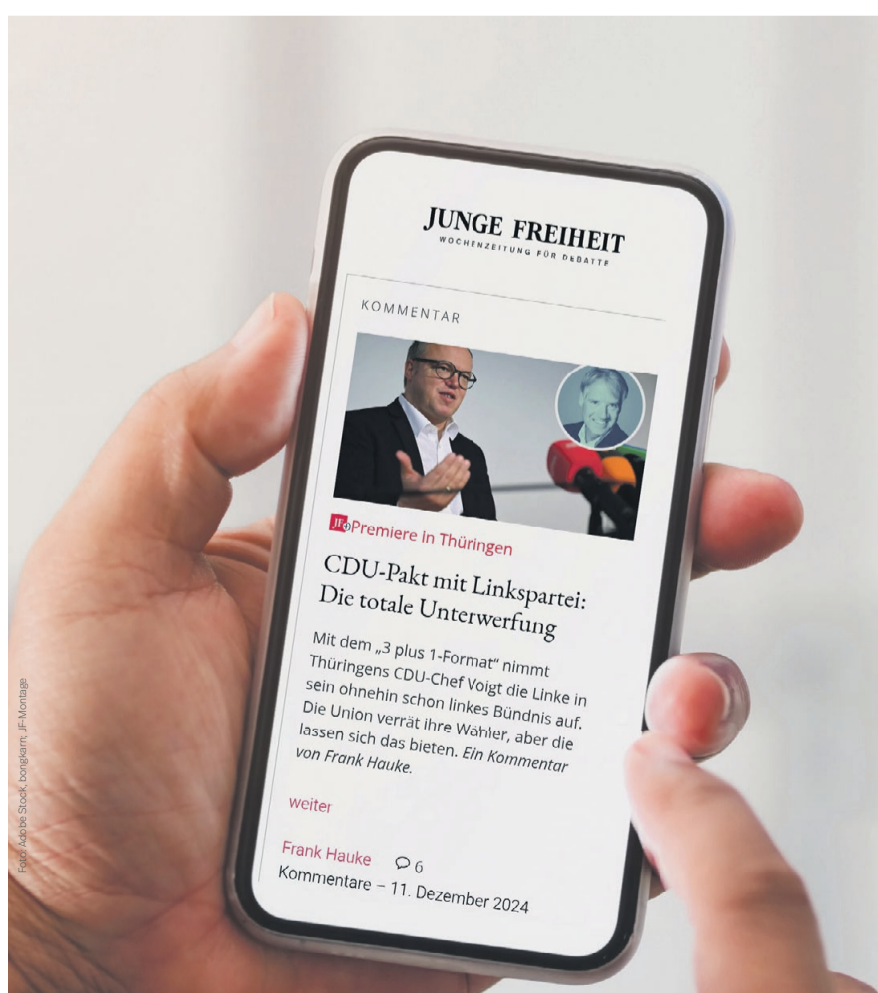
Von Thorsten Polleit

Der Außenwert des Euro verfällt. Im Juli 2008 durchbrach er die Marke von 1,60 gegenüber dem Dollar. Zwei Monate später folgte die Lehman-Pleite, und seither ging es mit Schwankungen abwärts. Im Oktober 2022 fiel der Euro unter die Dollar-Parität, im September 2024 erholte er sich auf 1,12. Von dort ging es im Sinkflug auf nunmehr 1,02. Was treibt den Niedergang des Euro-Wechselkurses gegenüber dem Greenback? In der kurzen Frist verliert der Euro vermutlich, weil die Devisenmärkte erwarten, daß die EZB ihre Zinsen stärker herunterdrückt als die US-Zentralbank Fed. Zudem wächst die US-Wirtschaft dem Euroraum sprichwörtlich davon, Kapital verläßt den Einheitswährungsraum und wandert in die USA. Beides drückt den Euro-Wechselkurs.

Aber da ist noch mehr: Auf den Devisenmärkten geht die – durchaus berechtigte – Erwartung um, die neue US-Administration werde nicht nur im eigenen Land, sondern auch weltweit „aufräumen“. Daß also Donald Trumps angekündigter Kampf gegen den „Tiefen Staat“ über die eigenen Landesgrenzen hinweg zu spüren sein wird; daß der neue Zeitgeist, der ihm eine zweite Amtszeit beschert

hat, sich mit Wucht gegen die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der letzten Jahre (Stichworte: „Great Reset“ mit seiner „grünen Politik“ und „Woke-Sein“) und ihre weltweiten Eliten richtet. Nicht nur den Apologeten der „Neuen Weltordnung“ droht das Aus – das Scheitern der Regierungen in den Niederlanden, Frankreich, Deutschland und Österreich wirft ihre Schatten voraus. Auch die Institutionen, die die „Globalisten“ in den vergangenen Jahrzehnten gemästet haben, kommen auf den Prüfstand.

Dazu gehört das Kartell der Staaten mit Namen Europäische Union. Die Zentralisierungs-idee der supranationalen EU ist spätestens jetzt Makulatur. Und wenn nun auch die Menschen in Europa ihre nationale Souveränität zurückfordern: Welche Zukunft hat dann noch der Euro, der letztlich nichts anderes als die Machtbasis für einen nach Sozialismus strebenden EU-Apparat ist? Die Rückkehr zur Vernunft, die nun eingeläutet ist, droht also der Einheitswährung ihre Geschäftsgrundlage zu entziehen. Es ist so gesehen ein Euroverfall mit Ansage. Es wäre überraschend, wenn das nicht mit neuen Tiefständen des Euro gegenüber dem Dollar verbunden sein wird.



IHR UNBEGRENZTER ZUGANG

Für **2,10 Euro pro Monat** die JF auch online lesen. Im ersten Monat gratis.

- ▶ Nur für Abonnenten der Druckausgabe
- ▶ Alle Artikel auf JF-Online frei
- ▶ Die JF schon jeden Mittwoch als E-Paper und via App
- ▶ Frei mitdiskutieren im Kommentarbereich
- ▶ Jederzeit kündbar

jetzt freischalten:

▶ jf.de/online-plus

